

Geschichte Ugandas

vom Kolonialstaat

zum

Entwicklungsland

von

Lucy Kasüschke

März 2008

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	3
2. Geschichte Ugandas.....	3
2.1 Historischer Abriss	3
2.2. Wichtige Phasen/Entwicklungen	4
2.2.1 britisches Protektorat	4
2.2.2. Unabhängigkeit.....	5
2.2.3. Idi Amin.....	6
2.2.4. Präsidialstaat	7
3. Entwicklungshilfe	7
3.1. Staatliche Hilfen	8
3.2. Weltbank	9
3.3. Internationale Organisationen	9
3.4. Private Hilfe	10
4. Kritik an Entwicklungshilfe	11
5. Fazit.....	12
6. Literaturverzeichnis.....	13
7. Anhang	14
7.1 Interview mit Andrew Mwenda	14

1. Vorwort

Nachdem ich 2007 in den Herbstferien in Uganda gewesen war, wollte ich gerne etwas über dieses Land schreiben. Ich habe mich über die Geschichte Ugandas informiert und die Aspekte, die in meinen Augen die Bedeutendsten sind, in dieser Arbeit zusammengefasst.

Um nicht nur die Geschichte wiederzugeben, möchte ich auch einige Formen der Entwicklungshilfe vorstellen. Auch dieses Thema hat mich sehr interessiert, da sich ganz verschiedene Ansätze erkennen lassen.

Die zentralen Punkte dieser Arbeit sind somit:

- das Leben der Menschen in Uganda von der Kolonialzeit bis heute
- die verschiedenen Formen der Entwicklungshilfe am Beispiel einiger Organisationen und deren Projekte
- mein Fazit, dass ich nach dieser Arbeit und meinem Aufenthalt in Uganda ziehen kann

2. Geschichte Ugandas

2.1 Historischer Abriss

- Im 14. und 15. Jahrhundert gingen aus den Nilotisch-sprechenden Hirtennomaden und aus den Bantu-sprechenden Ackerbauern die Königreiche Bunyoro, Buganda, Ankole und Toro hervor.
- Bis zum 19. Jahrhundert stieg Buganda dann zur Vormacht auf.
- 1893 – 1962 Britisches Protektorat Uganda
- 9.10. 1962 Unabhängigkeit Ugandas, Milton Obote wird Premierminister
- 1971 ergreift der Diktator Idi Amin nach einem Putsch die Macht
- 1979 Idi Amin flieht nach Libyen
- 1980-1985 hat Milton Obote wieder die Macht
- Seit 1986 ist Yoweri Museveni Staatschef
- Seit 1986 herrscht im Norden von Uganda Bürgerkrieg

2.2. Wichtige Phasen/Entwicklungen

2.2.1 britisches Protektorat

Das nördliche Becken des Lake Viktoria war 1884 Gegenstand der „Kongo-Konferenz“ in Berlin und wurde als „Deutsch-Ostafrika“ Deutschland zugesprochen. Da dieses Gebiet von großer strategischer Bedeutung war, unter anderem durch die Nilquellen, die bei der Kontrolle Ägyptens eine Schlüsselrolle spielten, erhoben auch die Briten Anspruch darauf. 1890 gelang ihnen der Tausch Helgolands gegen Buganda. 1892 musste sich der bugandische König dem Diktat Englands fügen und unterschrieb den Protektoratsvertrag. Nach und nach wurden auch die anderen Königreiche eingegliedert und als gesamtes Gebiet 1894 zum britischen Protektorat Uganda. Zur Verwaltung des Gebietes benutzten die Briten die vorhandenen Herrschaftsstrukturen und übten somit eine indirekte Herrschaft aus. „Alles in allem gab England, nachdem gewisse Spielregeln eingeführt worden waren, sich damit zufrieden, den Schiedsrichter zu spielen“¹ Im Britischen Protektorat gab es kaum Armut oder ethnische Zersplitterung. Auch bereiteten die Briten Einheimische am Makarere-College auf wichtige Posten in der Verwaltung vor.

Nationalistische Bestrebungen waren zuerst auf wirtschaftlichem Gebiet zu spüren. 1945 und 1949 verschafften sich Aufständische durch blutige Unruhen in Buganda Gehör. Sie forderten, ihren Führer selbst bestimmen, ihre Baumwolle selbst entkernen und ihren Kaffee eigenständig verarbeiten zu dürfen. Trotz der Niederschlagung des Aufstandes führten die Briten eine demokratischere Regierungsform und eine Beteiligung der Afrikaner an der Verarbeitung ihrer Produkte ein.

1953 geriet Buganda in eine erneute Krise, da der König Mutesa II. getrennt von Uganda unabhängig werden wollte. Doch der Gouverneur wollte Uganda nur als ganzes Land in die Unabhängigkeit entlassen, so wurde Mutesa im November 1953 ins Exil nach Großbritannien geschickt. Im Oktober 1955 kehrte er nach langen Verhandlungen mit den Briten nach Uganda zurück und wurde wieder als Monarch eingesetzt. Eine weitere bedeutende Verfassungsänderung war die Erhöhung der Anzahl afrikanischer Vertreter in Legislative und Exekutive.

¹ Die Geschichte Schwarzafrikas S. 485

2.2.2. Unabhängigkeit

1952 gründete Ignatio Musazi die erste nationale Partei Ugandas (Uganda National Congress (UNC)), die sich zum Ziel setzte, Uganda in die Unabhängigkeit zu führen. 1959 gründeten einige Mitglieder der Legislative eine nicht-bugandische Partei, die sich 1960 mit dem „Obote-Flügel“ der UNC zum Uganda People's Congress (UPC) zusammenschloss. Durch den Zusammenschluss mit der bugandischen Kabaka² Yekka (KY) Partei (Kabaka über alles) gewannen sie die Wahlen im April 1962, was den Weg zur Unabhängigkeit am 9.10.1962 frei machte. Es gab also im Gegensatz zu vielen anderen afrikanischen Ländern keine einheitliche, nur von einer Gruppe dominierte Nationalbewegung gegen die Kolonialherrschaft.

Die nach der Unabhängigkeit eingesetzte Verfassung wurde von der nicht-bugandischen Bevölkerung zwar akzeptiert, aber nicht gebilligt, da sie Buganda viele Vorrechte gab: Die Verfassung teilte Uganda in einen föderalistischen Staat (Buganda), vier halb-föderalistische Staaten und 10 von der Zentralregierung verwaltete Distrikte auf. Eine Nationalversammlung mit direkt gewählten Abgeordneten wurde geschaffen, wobei Buganda seine Vertreter durch das eigene Parlament bestimmen lassen konnte. Auch konnte diese Nationalversammlung die Verfassung der Königreiche nicht ändern. Die föderalistischen Staaten erhielten eine größere finanzielle Unabhängigkeit zu Lasten der Distrikte. Auch wurden die obersten Gerichtshöfe Bugandas denen Ugandas gleichgestellt.

Sir Edward Mutesa (der König von Buganda) wurde 1963 zum ersten Ugandischen Präsidenten gewählt. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Bündnisses von UPC und KY führten somit zum Streit zwischen dem Präsidenten Ugandas und seinem Premierminister Obote. In Folge splittete sich die UPC in zwei Lager auf, was 1966 zur Verfassungskrise führte, aufgrund derer das Königreich Buganda aufgelöst wurde und Mutesa nach London floh, wo er 1969 starb. Es wurde die Republik Uganda ausgerufen und die Verfassung von 1967 trat in Kraft, die unter Vorbehalt kleiner Änderungen bis 1995 galt. Obote ging als Sieger aus diesem Konflikt hervor und hatte nun die Macht über Uganda. Obote machte seinen Generalmajor Idi Amin, der ihm bei der Beseitigung Bugandas, Mutesas und weiterer Gegner innerhalb der UPC geholfen hatte, zum Oberbefehlshaber des Heeres und besiegelte so sein eigenes Schicksal.

² Bugandischer Königstitel

2.2.3. Idi Amin

Idi Amin wurde zwischen 1925 und 1928 im Nordwesten Ugandas im Stamm der Kakwa geboren. Da sein Vater die Familie sitzen ließ, lernte er kaum lesen und schreiben und schlug sich als Straßenjunge in der Hauptstadt Kampala durch. Zu dieser Zeit war Uganda die Perle Afrikas³. 1946 wurden britische Offiziere auf den kräftigen Straßenjungen aufmerksam, der vor ihrer Kaserne lungerte. Sie holten ihn von der Straße und brachten ihn in ihre Einheit, eine schwarze Elitetruppe, die von weißen Offizieren geleitet wurde: „King’s African Rifles“. Im Laufe der Zeit stieg er zu einem der wenigen schwarzen Offiziere auf. Der am Anfang für einen einfältigen netten jungen Mann gehaltene Amin zeigte im Angesicht der Macht, die er nun hatte, sein wahres Gesicht: das eines brutalen, skrupellosen Mörders. Idi Amin putschte im Januar 1971 gegen den im Ausland weilenden Obote, um seiner Absetzung zuvor zu kommen, und riss somit die gesamte Macht an sich. Zunächst wurde Amin von der Bevölkerung als Befreier begrüßt und auch von den Briten und anderen westlichen Mächten erhielt er Rückendeckung. Die Briten schätzten ihn als „gutmütig und zugleich durchsetzungsfähig“⁴ ein. Doch bald kamen Amins wahre Absichten ans Licht. Als ihm weder der Westen noch Israel Waffen lieferten, verwies er alle Israelis des Landes. Auch andere Minderheiten, wie die Asiaten wurden von Amin vertrieben. Außerdem vernichtete er alle, die ihm im Weg standen, ehemalige Anhänger Obotes waren oder die seiner Macht gefährlich werden konnten. Mit grausamsten Methoden zwang er die Menschen unter sein Regime. Allein in den Jahren 1971-1974 kamen schätzungsweise 250.000 Menschen durch Amins brutale Herrschaft ums Leben. Amin richtete sein Land zugrunde: es verarmte und wurde von einzelnen Militärcliquen heimgesucht, die plünderten, brandschatzten und mordeten. Die Regierungsform Amins war Gewalt. Der Gipfel seiner politischen Fehlritte war die offene Unterstützung einer antisemitischen Terroristengruppe, die er mit einem gekaperten Flugzeug in Entebbe landen und bleiben ließ. Israelische Sondereinheiten nutzten diese Situation aus, um verbliebene jüdische Geiseln zu befreien. Aus Angst vor Prestigeverlust fiel Idi Amin in Tansania ein, der tansanische Präsident nutzte dies aus um Amins Herrschaft ein Ende zu setzen, indem er dessen Truppen zurückschlug. Idi Amin, der rechtzeitig fliehen konnte, wurde 1979 gestürzt. Er starb 2003 im saudischen Exil. Uganda hatte nun im Laufe von nur 20 Monaten drei Regierungen, wobei die letzte wieder Milton Obote an die Macht brachte, der von Amin abge-

³ (imgm.de) So nannte Winston Churchill Uganda, da es fruchtbar war und strategische Vorteile bot

⁴ (stern.de) Notierte das britische Außenministerium in einem internen Bericht

setzt worden war. Obote war noch machtgieriger als zuvor und machte in vielen Dingen dort weiter, wo Amin aufgehört hatte.

2.2.4. Präsidialstaat

Im Februar 1981 begann Yoweri Museveni mit nur 30 jungen Soldaten einen Bürgerkrieg, den Obote nicht aufhalten konnte. Als Obote sich dann noch mit seinen Militärkommandanten entzweite, setzten diese ihn 1985 ab. Danach kam Tito Okello an die Macht, doch auch dieser wurde schon Ende Januar 1986 wieder gestürzt. So kam es zur Machtübernahme durch die National Resistance Movement (NRM) die Yoweri Museveni als Präsidenten einsetzte. Viele Menschen, vor allem im Süden und Westen, feierten die Machtübernahme durch die NRM. Im Norden und Osten hingegen brachen bewaffnete Aufstände aus, da man nicht wollte, dass Menschen, die zur Zeit Obotes, Amins oder Okellos als unfähig bezeichnet worden waren, nun die Macht hatten. Die NRM versuchte in vielfacher Weise die Aufständischen zu beruhigen. Sie führte zum Beispiel die Volksdemokratie ein, setzte das Prinzip der politischen Verantwortung durch und gründete eine Kommission zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen. Außerdem bildete sie eine Regierung auf breiter Basis, in der alle Kräfte und Gruppierungen des Landes vertreten waren. Im Jahr 1995 trat nach sechs Jahren der Beratung und Ausformulierung eine neue Verfassung in Kraft. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gewann Museveni 1996 mit einer überwältigenden Mehrheit von 74,2%. Museveni versprach eine Fortsetzung der Reformpolitik, was Uganda einen großen wirtschaftlichen Aufschwung brachte. Nach fast 20jähriger Schreckensherrschaft darf die Bevölkerung Ugandas nun in eine hoffnungsvollere Zukunft blicken, auch wenn es noch viele Probleme gibt, die das Entwicklungsland zu bewältigen hat. So ist auch der jetzige Präsident Museveni nicht perfekt: Zwar erhielt er 2001 bei den Präsidentschaftswahlen 63,3 % der Stimmen, sein Herausforderer nur 27,8%, doch sowohl vor als auch nach der Wahl kam es zu einem Anstieg der Menschenrechtsverletzungen gegen die Unterstützer der Opposition.

3. Entwicklungshilfe

Uganda zählt zu den ärmsten und meist verschuldeten Ländern der Welt. 2002 lag die Verschuldung des Landes bei etwa 4,1 Mrd. US\$. Laut Human Development Index lag Uganda 2006 auf Platz 144 von 177 Ländern und galt somit gerade noch als „Medium Human Development Country“. Rund 36% der Bevölkerung lebten 2005 unterhalb der Armutsgrenze und dies ist schon eine gewaltige Verbesserung, da laut Statistik Mitte der

90er Jahre noch rund 56% unter der Armutsgrenze lebten. Die Lebenserwartung liegt bei durchschnittlich 49 Jahren, wobei etwa 19% der Bevölkerung unterernährt sind und nur 66% Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Besonders im Norden des Landes sind die sanitären Bedingungen schlechter. Obwohl auf einen Arzt etwa 20000 Patienten kommen und etwa 30% der Bevölkerung gar keinen Zugang zu medizinischer Versorgung hat, liegt die HIV/ AIDS Rate nur bei etwa 4,1%. In diesem Bereich gilt Uganda als Musterbeispiel für Bewusstseinsbildung und Prävention. Die Analphabetenrate wird auf etwa 47% geschätzt. Bei allen genannten Zahlen muss man sich jedoch darüber im Klaren sein, dass es immer sehr große regionale Unterschiede gibt. So ist die Armut im Norden grundsätzlich höher als im Zentrum des Landes, sowie die Bildung in den Städten höher als in ländlichen Gebieten. Doch auch wenn man diese Unterschiede mit einrechnet, wird deutlich, dass Uganda Entwicklungshilfe benötigt. Es gibt viele verschiedene Institutionen und Organisationen, die Entwicklungshilfe leisten und einige davon möchte ich nun vorstellen.

3.1. Staatliche Hilfen

Uganda legte im März 2000 als eines der ersten afrikanischen Länder einen Aktionsplan in 5 Punkten zur Verminderung der Armut vor:

1. Wirtschaftliches Management: Aufrechterhaltung der ökonomischen Stabilität, Exportförderung und Verstärkung von Investitionen
2. Produktion, Wettbewerb und Einkommen: Modernisierung der Landwirtschaft und Entwicklung der Infrastruktur
3. Sicherheit, Konflikt- und Katastrophenmanagement: Beendigung von Rebellenübergriffen und Diebstählen
4. Regierungsführung: Kampf gegen Korruption, Einhaltung der Menschenrechte und Demokratisierung
5. Menschliche Entwicklung: breite Grund- und Sekundärschulbildung

Viele dieser Maßnahmen zeigen Erfolge, doch durch die andauernden Konflikte im Norden des Landes, wo auf nächtlichen Raubzügen die „Lord's Resistance Army“ Dörfer verwüstet, die Bewohner foltert und Kinder zur Soldatenrekrutierung entführt, wird die Entwicklung des Landes stark beeinträchtigt.

Doch Uganda erhält auch Unterstützung aus dem Ausland. Die Hauptgeber im Jahre 2003 waren die USA, Großbritannien (ca. 116Mio US\$), Niederlande, Dänemark (ca. 57Mio

US\$), Irland und Norwegen. Sie alle haben das gemeinsame Ziel der Reduzierung der Armut und investieren in Bildung, Gesundheit, Durchsetzung der Menschenrechte, Entwicklung der Landwirtschaft und die Förderung der Menschenrechte.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) zum Beispiel unterstützt das „South Western Towns Water Sanitation“-Programm mit ca. 12,3 Millionen Euro. Das Programm hat zum Ziel, die Wasserversorgung in kleinen Städten und ländlichen Zentren zu fördern, da 90% der Bevölkerung Ugandas in ländlichen Gebieten leben und nur etwa 50% dieser Menschen Zugang zu sauberem Wasser haben. Um die Wasserversorgung sicher zu stellen, werden lokale Organisations- und Wartungsstrukturen aufgebaut. Dies ist zum Beispiel in der Distrikthauptstadt Kisoro im Süden des Landes schon gelungen. Bis ins ländliche Umfeld der Stadt hinaus sieht man immer wieder „save water“ Säulen, an denen die Menschen Schlange stehen, um sich mit ihren meist gelben Kanistern sauberes Trinkwasser zu besorgen und zu ihren Hütten zu bringen. Oftmals werden die Kinder geschickt, die häufig auch mal einen Weg von einer Stunde oder mehr zurücklegen müssen (Abbildung 1)..

3.2. Weltbank

Einer der größten institutionellen Geldgeber Ugandas ist die „International Development Assosiation“ (IDA). Sie ist eine Tochtergesellschaft der Weltbank-Gruppe und unterstützt Uganda seit 1962 mit Krediten und Zuschüssen. In dieser Zeit wurden ca. 3,9 Mrd. US\$ an Krediten und rund 300 Mio. US\$ an Zuschüssen gezahlt. Aktuell werden bis zu 24 Projekte unterstützt, die sich mit der Infrastruktur, der Umwelt und dem Ausbau des privaten Sektors befassen.

Die Grundstruktur für ihre Unterstützung legte die Weltbank 2000 in ihrer „Country Assistance Strategy“ fest.

3.3. Internationale Organisationen

Auch andere internationale Organisationen, wie zum Beispiel Ärzte ohne Grenzen, SOS Kinderdörfer, die Kindernothilfe oder Misereor leisten in Uganda Entwicklungshilfe. Misereor und seine Partner (nichtstaatliche Organisationen und kirchliche Institutionen) haben ihre Schwerpunkte in der Entwicklungshilfe auf Konfliktlösung und Friedenserziehung, die ländliche Entwicklung, Frauenförderung und auch auf die Arbeit im Gesundheitsbereich gesetzt. Der wichtigste Aspekt im gesundheitlichen Bereich ist die Bekämpfung von und Aufklärung über HIV/AIDS. Die ersten AIDS Projekte bewilligte Misereor

1985. Dabei wurde mit Jugendlichen ein umfassendes Präventivprogramm entwickelt, da Uganda zu dieser Zeit das Land mit der höchsten Zahl an Neuinfektionen war. Dieses Programm erreichte etwa 300.000 Menschen und wurde zum Modell für bisher rund 400 weitere Projekte.

Doch Misereor sorgt nicht nur vor, sondern hilft auch den Betroffenen. So zum Beispiel den AIDS-Weisen in Kisoro (Süd-Uganda). Diese Kinder treffen sich einmal die Woche im „Hope-Programm“ im Hospital der Stadt, bekommen dort eine Mahlzeit (Porridge⁵), werden untersucht und machen zusammen Musik, spielen und lernen einige Dinge, wie etwa Nähen (Abbildung 2).

3.4. Private Hilfe

Der Verein „Miteinander für Uganda e.V.“ wurde im Jahre 2004 von einer Gruppe Privatpersonen gegründet, die durch in Uganda lebende Verwandte und Freunde mit der Lebenssituation der Menschen dort, besonders der Kinder, konfrontiert wurde. Der Verein hat sich zur Aufgabe gemacht, das Gesundheits- und Bildungswesen zu fördern, sowie hilfsbedürftige Menschen zu unterstützen. In diesem Sinne sammelt der Verein Spenden und vermittelt Patenschaften.

2005 begann man mit der Planung und dem Bau einer Kinderstation am St. Francis Hospital in Kisoro. Der Kostenvoranschlag lag bei etwa 65.000 Euro, die dafür gesammelt werden mussten. Man rechnete mit einer langwierigen Bauphase, doch dank vieler Spender wurde die Kinderstation schon 2007 zum Goldenen Jubiläum des Hospitals eingeweiht (Abbildung 3). Auch wenn dies nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“ ist, sind die Menschen sehr dankbar dafür. Auch die etwa 100 Kinder, für die schon Patenschaften in Deutschland übernommen wurden, arbeiten auf eine bessere Zukunft hin. Für nur etwa 120 Euro im Jahr können diese Kinder zur Schule gehen, bekommen alle Materialien, eine Schuluniform, eine Unterkunft und Verpflegung. Der Verein stellt zwischen Sponsor und Empfänger einen persönlichen Kontakt her, der es dem Sponsor ermöglicht, die Entwicklung seines Schützlings mitzuerleben und den Kindern die Möglichkeit gibt, mit ihren Paten persönlich Kontakt aufzunehmen. Doch da es so viele hilfsbedürftige Kinder gibt, ist es nicht immer leicht, die Patenschaften auszuwählen. „Da kommt man stolz mit seinen fünf Patenschaften an und hat auf einmal 100 Kinder vor einem stehen und muss diesen nun

⁵ Ein Haferflockenbrei mit viel Zucker

sagen, dass man nur fünf von ihnen auswählen kann⁶. Verständlicherweise ist dies sehr schwer, doch man muss sich immer klar machen, dass man nicht allen helfen kann, und dass es auch schon ein Erfolg ist, wenn man nur einem Kind die Chance auf ein besseres Leben gibt.

4. Kritik an Entwicklungshilfe

William Easterly, Wirtschaftsprofessor an der New York University, analysierte alle verfügbaren Daten seit 1950 und kam zu dem Schluss, dass die Entwicklungshilfe in Afrika nicht hilfreich ist, sondern dass sie eher schadet, da es einen Zusammenhang zwischen Hilfe und sinkenden Wachstumsraten gebe.

Auch Andrew Mwenda, ein 34-jähriger Ugander, der nach Differenzen mit der Weltbank Journalist wurde, teilt diese Meinung. Seine Sichtweise der Dinge legte er in einem Interview folgendermaßen dar:

Er fordert die Abschaffung der Entwicklungshilfe und des Schuldenerlasses, weil dies in seinen Augen nicht die Lösung der Probleme in Afrika ist, sondern das Problem. Entwicklungshilfe fördere korrupte Politiker. Offiziellen Schätzungen der Afrikanischen Union zufolge gingen dem Kontinent jedes Jahr etwa 148 Mio. US\$ durch Korruption verloren. Außerdem würden Länder, die Entwicklungshilfe erhalten, mit dem Geld oftmals sorglos umgehen und in die eigene Tasche wirtschaften, ohne an den eigentlichen Sinn und Zweck des Geldes zu denken. Uganda zum Beispiel habe 69 Minister, 109 Präsidialberater und Assistenten und 60 Botschafter, obwohl im Ausland nur 15 diplomatische Vertretungen bestehen. Ein Großteil dieser Leute sei völlig überflüssig und man könnte an dieser Stelle eine Menge Geld einsparen. Auch meint Mwenda, dass es einfach nicht stimme, dass die armen Länder Afrikas nicht in der Lage seien, die Armut zu bekämpfen, weil ihnen die finanziellen Mittel dazu fehlen würden. Als Begründung führt er zum Beispiel an, dass die Regierung nur etwas mehr als die Hälfte der potenziellen Steuern wirklich einzieht, da viele Mächtige in Afrika dank Korruption keine Steuern bezahlen. Auch meint er, dass jede Kolonialregierung heute besser sei, als die meisten afrikanischen Regierungen, da die meisten Kolonialregierungen gütiger gewesen seien und weil Kolonialregierungen sich im Gegensatz zu den afrikanischen Regierungen, vor der Welt für ihr Handeln verantworten müssten. Mwenda ist der Meinung, dass, wenn man den afrikanischen Staaten die Entwicklungshilfe entziehen würde, „vier von fünf Regierungen wie ein Kartenhaus zusam-

⁶ So beschrieb es eines der Gründungsmitglieder des Vereins

menbrechen“ würden. Seiner Meinung nach wäre es sinnvoller den Weltmarkt zu öffnen, was den Handel der afrikanischen Staaten fördern würde. Außerdem sollte man seiner Meinung nach großen Firmen Anreize geben, sich in Afrika niederzulassen und dort zu produzieren, weil dadurch Arbeitsplätze geschaffen würden und die Infrastruktur der Region verbessert werden würde. Diese Maßnahmen würden armen Ländern wie Uganda mehr helfen als Entwicklungshilfe.

5. Fazit

In den Herbstferien 2007 war ich im Rahmen von „Miteinander für Uganda“ zwei Wochen lang in Uganda und habe die Möglichkeit bekommen das Land aus verschiedenen Blickwinkeln kennen zu lernen. Im Anbetracht dieser Erfahrungen bin ich mir sicher, dass man diesen Menschen helfen muss. Aus eigener Kraft schaffen sie es nicht aus der Armut heraus zu kommen, da sie kaum genug zum Leben haben. In erster Linie wäre es die Aufgabe der Regierung, den Menschen zu helfen, aber dies scheint nicht zu funktionieren. Aufgrund der von Mwenda genannten Gründe sollte man meiner Meinung nach die Entwicklungshilfe nicht über die Regierung laufen lassen, sondern über private Hilfsorganisationen, die direkt vor Ort den Menschen helfen, ohne dass die Regierung davon profitiert.

6. Literaturverzeichnis

Geschichte:

Marx, Christoph. 2004. Geschichte Afrikas von 1800 bis zur Gegenwart. Schöningh

Ki-Zerbo, Joseph. 1979. Die Geschichte Schwarzafrikas. Fischer

www.imgm.de

www.uganda.at

www.stern.de

www.amnesty.de

Entwicklungshilfe:

Michler, Walter. 1995. Afrika Wege in die Zukunft. Horlemann

Mankell, Henning. 2003. Ich sterbe, aber die Erinnerung lebt. Zsolnay

Human Development Report 2006

www.öfse.de

www.weltwoche.ch (Artikel: Entwicklungshilfe-Sehnsucht nach Kolonialzeit siehe Anhang)

www.misereor.de

www.ngz-online.de (Artikel von 2006: Herzenssache- Krankheiten den Schrecken nehmen)

www.kirchensite.de (Artikel: St.-Franziskus-Hospital in Uganda- Frauen fördern Aufbau des Krankenhauses)

7. Anhang

7.1 Interview mit Andrew Mwenda

Auszug aus Entwicklungshilfe- Sehnsucht nach der Kolonialzeit von Daniel Amman erschienen bei www.weltwoche.ch Ausgabe 41/06)

Entwicklungshilfe

1. Sehnsucht nach der Kolonialzeit

Von Daniel Ammann

Andrew Mwenda? Kennt jeder in Kampala. «Ein mutiger Mann», heisst es auf der Strasse, «er wagt es, politische Missstände zu kritisieren, und sagt, was die Regierung uns verschweigt.» Getreu dem schönen Motto seiner Zeitung, das in roten Buchstaben auf seinem weissen Hemd steht: Truth everyday. Die Wahrheit, jeden Tag. Aber anders als damals bei der Prawda in der Sowjetunion.

Der Kaffee schwappt über, als Mwenda unvermittelt aufsteht, den Arm ausstreckt und von der Terrasse auf die Nile Avenue hinunterzeigt. Wieso es dort ein Schlagloch habe, will er wissen und legt los, ohne eine Antwort abzuwarten: «Weil jemand davon profitiert.» Und dann beginnt der Mann, der sich selbst einen Renegaten nennt, anhand des kleinen Schlaglochs in der Nile Avenue die Gründe dafür zu erklären, wieso Afrika unterentwickelt und Entwicklungshilfe schlecht ist:

Würde man das Schlagloch sofort flicken, kostete das vielleicht 100 Dollar. Einmal versiegelt, wird es nicht grösser, und dann geht die Strasse auch an anderen Stellen weniger schnell kaputt. Das lohnt sich für die Politiker und Bürokraten nicht, weil sie sich schmieren lassen und am Unterhalt mitverdienen. 10 Prozent von 100 Dollar sind 10 Dollar. Das ist kein guter Preis. Wer richtig profitieren will, braucht eine Strasse, die über fünf Kilometer kaputt ist. Das zu reparieren, kostet 1,5 Millionen Dollar. 10 Prozent davon, das lohnt sich. Würden Politiker und Bürokraten rechtzeitig in den Strassenunterhalt investieren, könnte der Staat zwar sehr viel Geld sparen, aber sie selbst hätten weniger in der Tasche. Es ist in ihrem Interesse, dass die Strassen über weite Strecken in einem schlechten Zustand sind. Dann können sie zu den Geberländern gehen und Geld verlangen.

Entwicklungshilfe kann missbraucht werden, klar. Warum soll sie generell schlecht sein?

Weil die Entwicklungshilfe eines der wichtigsten Instrumente ist, mit denen sich die korrupten und inkompetenten Regime in Afrika an der Macht halten. Sie verwenden die ausländische Hilfe nicht, um die Entwicklung ihres Landes voranzutreiben, sondern um sich zu bereichern und politisch zu überleben. Sie betreiben eine wirtschaftlich destruktive Politik, ohne die Konsequenzen dafür tragen zu müssen. Ohne Entwicklungshilfe könnten sie langfristig nicht bestehen. Der Westen springt ein, um ihnen Strassen, Spitäler oder Schulen zu finanzieren. Das wird von den Regimen instrumentalisiert, um sich politische Unterstützung zu sichern.

Zum Beispiel?

Nehmen wir Uganda, das von der Hilfsindustrie sogar als Erfolgsgeschichte gefeiert wird. Wir haben 69 Minister. Welches Land der Welt braucht 69 Minister? Unser Präsident hat 109 Präsidentenberater und Assistenten. Wenn die ihren Chef überhaupt einmal zu Gesicht bekommen, dann am Fernsehen. Wir haben 60 Botschafter, obwohl wir im Ausland nur 15 diplomatische Vertretungen haben. Statt das Geld für Infrastruktur, Bildung, Gesundheit auszugeben, wird es für Funktionäre und Günstlinge verschwendet. Für längerfristige Investitionen bleibt nichts übrig. Die explodierenden Kosten für dieses Klientensystem würden Uganda eigentlich in den Bankrott treiben. Die Regierung kann sich solche Extravaganzen nur leisten, weil jemand anders dafür bezahlt. Die Entwicklungshilfe bringt von aussen das Geld, das die afrikanischen Regierungen im Inneren selbst nicht sparen oder investieren.

Die Entwicklungshilfe soll armen Ländern eine Art Anstossfinanzierung geben, möglichst einen big push, damit sie in Bereiche investieren können, die wirtschaftliches Wachstum generieren und die Armut reduzieren. Infrastruktur, Industrie, Bildung. Was kann daran falsch sein, Herr Mwenda?

Dieser Grundgedanke geht von einer irrigen Annahme aus. Es stimmt einfach nicht, dass die armen Länder in Afrika nicht fähig sind, die Bildung und Gesundheitsversorgung ihrer Bevölkerung zu finanzieren, weil ihnen die Mittel dazu fehlen. Schauen Sie sich doch den Staatshaushalt dieser Länder an. Wie viel geben sie für das Militär aus, wie viel für politische Patronage, für Präsidenten, Minister und ihre Klientel? Und dann fragen Sie sich: Wenn man diese Budgets ändern würde, wie viel Geld könnte eingespart werden? Schauen Sie sich die grassierende Korruption in Afrika an. Nach offiziellen Schätzungen der Afrikanischen Union kostet sie den Kontinent jedes Jahr 148 Milliarden Dollar. Überlegen Sie

sich, wie viel Geld eingespart werden könnte, wenn eine seriöse Regierung die Korruption ernsthaft bekämpfen würde. Dann erst ist es möglich, die Frage zu beantworten: Hat Afrika tatsächlich zu wenig Ressourcen, um den Kampf gegen die Armut zu finanzieren? Nein, Afrika hat ein Problem mit schlechten Regierungen. Punkt.

Könnten die afrikanischen Staaten ein vernünftiges Budget aus eigener Kraft finanzieren?

Absolut. Viele Staaten brauchen keine Entwicklungshilfe. Die 45 Prozent des Staatsbudgets, die zum Beispiel in Uganda durch die internationale Hilfe subventioniert werden, wären problemlos mit Steuern zu finanzieren. Die Regierung kassiert aber, und ich zitiere hier offizielle Zahlen, nur etwas mehr als die Hälfte der potenziellen Steuern ein. Was ist mit der anderen Hälfte? Die Regierung sagt, die Steuerverwaltung verfüge über eine schlechte Infrastruktur. Das mag sogar stimmen, entscheidender aber ist, dass die Reichen und politisch Mächtigen in Afrika dank Korruption keine Steuern bezahlen. So schaffen die Regierungen Abhängigkeiten und schonen ihre Günstlinge.

Die Schweiz diente lange Zeit als Fluchthafen für das Geld von korrupten afrikanischen Diktatoren und Bürokraten.

Das ist sicher kein Problem der Schweiz. Die Leute, die die Schweiz deswegen anklagen, verärgern mich. Es ist doch nicht Aufgabe der Schweizer Banken, afrikanische korrupte Politiker zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Haltung, die Verantwortung einfach abzuschieben, ist nichts als dumm.

Was halten Sie vom Schuldenerlass, der Afrika gewährt werden soll?

Vor sechs Jahren hatte Uganda 3,2 Milliarden Dollar Schulden, zwei Milliarden wurden uns erlassen. Zur Feier des Tages kaufte die Regierung für 35 Millionen Dollar einen Präsidentenjet. Heute hat Uganda bereits wieder 4,9 Milliarden Schulden. Soll solches Verhalten noch belohnt werden? Botswana und Mauritius, zwei Ausnahmefländer mit einer vernünftigen Budgetpolitik, zahlen ihre Schulden immer zurück. Die müssen sich ja dumm vorkommen. Ein Schuldenerlass gibt die falschen Anreize, er belohnt schlechtes ökonomisches Verhalten und schafft eine Kultur der Verantwortungslosigkeit.

Was muss sich ändern, dass es Afrika besser geht?

Die Regierungen dort sollten nicht nach ausländischer Hilfe schreien, sondern ein politisches System schaffen, das die Korruption und die Günstlingswirtschaft bekämpft. Die meisten Länder brauchen keine Entwicklungshilfe. Was sie brauchen, ist: 1. eine vernünftige Fiskalpolitik, 2. mehr Gehör für die Privatwirtschaft, 3. eine Politik, die für mehr Wachstum und Produktivität sorgt. Die Zukunft Afrikas hängt davon ab, ob es gelingt, eine unabhängige inländische Privatwirtschaft zu entwickeln. Die internationale Hilfsindustrie glaubt, man könne eine solche Gesellschaft im Labor züchten. Das funktioniert nicht. Entwicklung ist ein indigener Prozess. Wir als Afrikaner müssen es in unserem eigenen Interesse finden, eine unabhängige Justiz zu haben, ein Parlament, das die Regierung kontrolliert, ein gerechtes Steuersystem, eine Regierung, die vom Volk zur Rechenschaft gezogen werden kann. Die herrschenden afrikanischen Eliten haben kein Interesse daran, eine gute Verwaltung aufzubauen und eine Politik zu verfolgen, die zu wirtschaftlichem Wachstum führt. Warum tun Afrikas Regierungen das nicht? Wieso führen sie keine Reformen durch?

Sagen Sie es mir.

Sie fürchten sich davor, weil sie an Einfluss verlieren würden. Wer heute die Regierungen kritisiert, erhält zum Beispiel keine Stelle, keine Handelslizenz oder keinen günstigen Kredit. Reformen, etwa Privatisierungen, könnten dies ändern und das Fundament der Regierungen zerstören. Indem die Entwicklungshilfe korrupte und inkompetente Regierungen subventioniert, verhindert sie nötige Reformen. Jeffrey Sachs, Tony Blair, Bob Geldof und Bono sagen den afrikanischen Politikern im Prinzip: Gebt euer Geld aus, wie ihr wollt. Und wenn es nicht reicht, kommen wir und subventionieren euch. Bei jedem finanziellen Engpass wenden sich unsere Regierungen einfach an die Weltbank, den Währungsfonds oder die Geberländer. Darum müssen sie keine Lösungen im eigenen Land suchen, darum müssen sie die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung nicht ernst nehmen, und darum setzen sie sich nicht mit der Privatwirtschaft zusammen und sorgen für Bedingungen, die zu mehr Wirtschaftswachstum und mehr Steuereinnahmen führen. So wird eine demokratische Kultur unterminiert und eine Bettlermentalität geschaffen. Die Entwicklungshilfe schafft prinzipiell die falschen Anreize.

Was soll der Westen sonst tun? Das Elend in Afrika einfach ignorieren?

Das Beste, was der Westen tun kann, ist tatsächlich: nichts.

Angenommen, jede Entwicklungshilfe würde ab sofort gestoppt: Was wären die Konsequenzen?

Vier von fünf afrikanischen Regierungen würden zusammenbrechen wie ein Kartenhaus. Sie wären die ersten Opfer. Sie sind wirtschaftlich unproduktiv und können ohne fremde Hilfe nicht überleben.

Würden darunter nicht die einfachen Leute leiden, die Kinder vor allem?

Die primären Nutzniesser der Hilfe sind zuerst die Regierungen, dann die ausländischen Entwicklungshelfer, die gute Saläre beziehen und einen teuren Lebensstil führen, sowie die Bürokraten in den internationalen Organisationen. Grossbritannien hatte 1962, als wir in die Unabhängigkeit entlassen wurden, 70 Verwaltungsbeamte in Uganda. Heute arbeiten hier mehrere tausend ausländische Hilfsexperten. Man könnte fast zum Schluss kommen, dass wir als britische Kolonie unabhängiger waren als heute. Aber bleiben wir ernsthaft: Wenn Afrikas Arme überhaupt was von der Entwicklungshilfe sehen, dann die Krümel, die vom Tisch fallen.

Gibt es für Sie gar keine vernünftige Art von Entwicklungshilfe?

Wenn es für Afrika eine vernünftige Art von Entwicklungshilfe gibt, dann die: langfristige, erschwingliche Kredite für priva-

te Firmen, die Exportkapazitäten aufbauen. Solche Kredite dürften auf keinen Fall über die korrupten und inkompetenten Regierungen laufen, sondern müssten über private Banken gewährt werden. Kredite, die drei, vier Prozent Zins kosten und nicht 25 Prozent wie heute. Das könnte die Armut in Afrika in zehn Jahren lindern. Arbeitsplätze zu schaffen, ist die produktivste Investition, die man tätigen kann. Was Afrika braucht, ist eine breite Mittelschicht. Wir brauchen grosse Unternehmen, die hier investieren, wie Microsoft, General Motors oder Nike. Sie schaffen Arbeitsplätze, erweitern Märkte und bezahlen Steuern. Die beste Armutsbekämpfung ist nicht, den Armen Geld zu geben, sondern den Reichen.

Sie werden im Westen nur wenige Wohltäter finden, die für Reiche spenden.

Natürlich, die Spender im Westen wollen sehen, dass hungrige Kinder ernährt werden, dass kranke Kinder geheilt werden. Sie sehen nicht, dass es richtig wäre, Microsoft finanzielle Anreize zu geben, beispielsweise in Uganda zu investieren. Wir müssen die Reichen reicher machen, um die Armen weniger arm zu machen. Neun von zehn Ugandern sind selbständig erwerbend, dagegen nur ein Amerikaner von zehn. Die Amerikaner arbeiten für Wal-Mart, General Electric, Microsoft, für Grossunternehmen also. Weil diese Firmen Gewinn machen, können sie expandieren und in Arbeitsplätze investieren. Und sie bezahlen Steuern. Die Hilfsindustrie geht davon aus, dass Geld die Voraussetzung für Entwicklung ist. Falsch. Geld ist das Resultat eines Entwicklungsprozesses und nicht die Ursache davon. Das Armutsproblem kann nicht damit gelöst werden, indem man den Armen Geld gibt.

Viele Jugendliche im Westen, die sich für das Schicksal Afrikas interessieren, werden von der Antiglobalisierungsbewegung angezogen. Sie sehen die Liberalisierung von Märkten nur als neues Instrument, die Afrikaner auszubeuten.

Diese Jugendlichen sind vielleicht wohlmeinend, aber naiv. Sie sehen nicht, dass die Zukunft der armen Länder Afrikas davon abhängt, dass sie sich ins internationale Handelssystem integrieren und davon profitieren können. Und sie verstehen nicht, dass die Armut in diesen Ländern innenpolitische Gründe hat. In Uganda sank die Armutsrate zwischen 1992 und 2000 von 56 Prozent auf 34 Prozent. Das ist nicht auf Entwicklungshilfe zurückzuführen, sondern hauptsächlich auf die Liberalisierung des Kaffeemarktes. Die Bauern erhielten vom staatlichen Coffee Marketing Board 19 Prozent des Weltmarktpreises. Nach der Liberalisierung bekamen sie plötzlich 80 Prozent, weil in- und ausländische Kaffeehändler alle Dörfer abgrasten, um Kaffee kaufen zu können. Das ist ein Beweis mehr dafür, dass die Öffnung der Märkte und des Handels den Armen hilft.

Gleichzeitig schotten die Industriestaaten ihre Agrarmärkte durch hohe Zölle und allerlei Vorschriften gegen die Dritte Welt ab.

Natürlich, das Welthandelssystem hat tausendundeine Ungerechtigkeit, die es zu beseitigen gilt, aber es bietet genügend Raum für Erfolg. Das Argument der Afrikaner, die internationalen Handelsregeln seien unfair und abgekartet, ist eine Entschuldigung für ihre Unfähigkeit zu handeln. Nur zwei Beispiele: Afrikanische Länder dürften Rindfleisch bis zu einer gewissen Quote zollfrei in die EU exportieren. Kein einziges Land hat diese Quote bisher ausgefüllt. Vietnam dagegen wurde aus dem Nichts zu einem der grössten Kaffee-Exporteure der Welt. Was sagt uns das? Wenn sich ein Land wirklich engagiert, sich dem Wettbewerb aussetzt, kann es Erfolg haben. Ich wiederhole mich: Afrikanische Regierungen haben kein Interesse an einer konkurrenzfähigen Exportwirtschaft, weil sie nicht auf sie angewiesen sind und nicht auf die Privatwirtschaft hören müssen.

In meinem Hotel liegt die Broschüre einer Organisation, die sich für einen Schuldenerlass einsetzt. Ihr Motto heisst «Debt Is Slavery», Verschuldung ist Sklaverei; ihr Logo ist mit Eisenketten illustriert. Gibt es in Afrika eine Obsession für die Sklaverei?

Wissen Sie, wieso wir Afrikaner uns niemals selbst die Schuld geben müssen? Wir können immer über den Sklavenhandel klagen. Die afrikanischen Diktatoren benutzen den Sklavenhandel, um den Westen zu erpressen. Sie wissen natürlich, dass die westliche Welt einen bestimmten Grad an politischer Korrektheit hat und auch einen bestimmten Grad an moralischem Schuldgefühl. Diese Kerle nutzen das maximal zu ihren Gunsten aus. Daraus schlagen sie Kapital.

Müsste der Westen härtere Bedingungen an seine Hilfe knüpfen, zum Beispiel auf Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit, also auf das Prinzip «Gute Regierung», pochen?

Die vielzitierte conditionality? Ich kann das Wort schon nicht mehr hören. Jede noch so harte Bedingung, das hat sich immer wieder gezeigt, kann von einem afrikanischen Regime manipuliert werden. Und überhaupt: Wieso soll sich zum Beispiel die Schweizer Regierung mehr um das Wohlergehen der Afrikaner kümmern als die afrikanischen Regierungen selbst? Ihr macht euch solche Sorgen um uns. Wieso kommt ihr nicht und rekolonialisiert unsere Länder, stürzt unsere Politiker und bringt Schweizer Regierungsstandards nach Afrika?

Wäre das wirklich eine gute Idee?

Jede Kolonialregierung wäre heute besser als die meisten afrikanischen Regierungen.

Ein trauriger Schluss.

Sehr traurig, und es tut mir als Afrikaner unendlich weh, das sagen zu müssen. Auch westliche Regierungen haben viele Unzulänglichkeiten, aber euer politisches System hat eine gewisse Moral und Kontrollmechanismen. Nur wenige Kolonialregime in Afrika haben das Ausmass an Barbarei und Gewalt von afrikanischen Regierungen erreicht. Glauben Sie denn im Ernst, die Briten seien schlimmer gewesen als Idi Amin? Mit Ausnahme des Apartheid-Regimes in Südafrika, des belgischen Königs Leopold II. im Kongo und einiger Exzesse waren die meisten Kolonialregierungen gütiger als die afrikanischen Diktatoren. Im Norden Ugandas leben seit 15 Jahren zwei Millionen Vertriebene. Sie hausen in Lagern, tausend Menschen sterben dort jede Woche wegen der verheerenden Bedingungen. Glauben Sie, eine Kolonialregie-

rung könnte dies zulassen? Die europäischen Regime waren dadurch diskreditiert, dass eine rassistische Minderheit ohne Legitimität ihre Macht durchsetzte. Wenn heute in einem afrikanischen Land eine Kolonialregierung etabliert würde, müsste sie sich vor der Welt und vor den Bürgern für ihre Tätigkeit verantworten. Ein afrikanischer Diktator kann aber stehlen und töten, weil er als schwarzer Afrikaner offenbar dazu legitimiert ist.

Truth everyday; die Wahrheit, jeden Tag. Das erträgt auch die ugandische Regierung schlecht. So schickte der Präsident im Sommer letzten Jahres, am 12. August 2005, seine Polizisten bei Andrew Mwendas Arbeitsort, der Radiostation KFM, vorbei, nachdem er von ihm als «Fehlbesetzung» kritisiert worden war. Der Sender wurde zur Abschreckung für eine Woche geschlossen, der unbotmäßige Untertan für einige Tage verhaftet und später wegen «Volksverhetzung» angeklagt (das Verfahren ist noch hängig). Mwenda antwortete auf diesen Angriff auf die Meinungsfreiheit, wie es einem Journalisten gut ansteht: laut und öffentlich – mit Reden von Unabhängigkeitshelden von Kwame Nkrumah bis Nelson Mandela, die er integral aus dem Gedächtnis zitieren kann, wie er auf der Café-Terrasse des «Grand Imperial»-Hotels sogleich beweist: «Freiheit ist keine Ware, die den Unterdrückten einfach geschenkt wird, sie ist der Lohn für Kampf und Aufopferung.»

An derartige Opposition werden sich auch andere afrikanische Herrscher noch gewöhnen müssen. Andrew Mwenda mag einer der schonungslosesten Kritiker der Entwicklungshilfe sein, der einzige ist er nicht. Es gibt eine Reihe von afrikanischen Wissenschaftlern, zumeist nach der Kolonialzeit geboren, die ähnlich radikal argumentieren wie er. Der kenianische Ökonom James Shikwati zum Beispiel, der Politologieprofessor Roger Tangri, der in Botswana lehrt, oder der ghanaische Ökonom George Ayittey, von dem der Satz stammt: «Afrika ist arm, weil es nicht frei ist.» Sie alle suchen den Grund für das Elend nicht im Sklavenhandel oder im Kolonialismus, nicht im ungerechten Welthandelssystem, in der Ausbeutung durch multinationale Firmen oder im ungünstigen Klima. Die Schuld daran, dass ihr Kontinent nicht vorankommt, geben sie ihren Regierungen. Und die Lösung heisst für sie nicht Entwicklungshilfe, sondern mehr Rechtssicherheit sowie mehr wirtschaftliche und politische Freiheit.

Am kommenden Montag, dem Welternährungstag, werden massenhaft Menschen auf allen Kontinenten aufstehen, um sich mit den Armen zu solidarisieren. Die Kampagne «Stand Up Against Poverty», unterstützt von der Uno, will damit ins «Guinness-Buch der Rekorde» kommen und die Regierungen an ihr Versprechen erinnern, die Entwicklungshilfe zu verdoppeln und den armen Ländern die Schulden zu streichen. Auch die Live-8-Konzerte, die letztes Jahr von drei Milliarden Menschen gehört wurden, riefen zu diesem big push auf. Bob Geldof, ihr Promotor, sagte: «Es muss einfach etwas getan werden, selbst wenn es nichts nützt.»

Und wenn «es» schadet?



Abbildung 1: Ein Mädchen trägt einen Wasserbehälter



Abbildung 2: Den Kindern wird im Hope-Programm Essen ausgeteilt



Abbildung 3: Tafel an der Außenwand des neuen Gebäudes